

# Niederschrift

über die 32. Sitzung / 17. WP der Gemeindevertretung am Donnerstag, den 26.09.2019.

Sitzungsort: Volkshalle Ehringshausen  
Sitzungsdauer: 19:03 Uhr – 20:52 Uhr

## Anwesend sind:

### a) die Mitglieder der Gemeindevertretung:

1. Bell, Rainer -Vorsitzender-
2. Bell, Tobias
3. Bender, Matthias
4. Clößner, Toni
5. Clößner, Ulrich
6. Gohl, Timotheus
7. Herbel, Burkhard
8. Neu, Werner
9. Werkmeister, Marc-Sven
10. Groß, Klaus
11. Hohn, Hans-Ulrich
12. Koch, Sebastian
13. Kristen, Uwe
14. Petry, Steffen
15. Dr. Rauber, David
16. Stopperka, Karin
17. Ullmann, Klaus
18. Gröf, Timo
19. Hardt, Michael
20. Kuhlmann, Erich
21. Schlagbaum, Willibald
22. Schütz, Manfred anwesend ab TOP 3; 19:07 Uhr
23. Schweitzer, Martin
24. Dogan Murat
25. Rill, Berthold

### b) die Mitglieder des Gemeindevorstandes:

1. Bürgermeister Jürgen Mock
2. Erster Beigeordneter Karl-Heinz Eckhardt
3. Beigeordneter Stefan Arch
4. Beigeordneter Jörg Busch
5. Beigeordneter Horst Clößner
6. Beigeordneter Hartmut Hubert
7. Beigeordneter Joachim Keiner
8. Beigeordneter Ulrich Rumpf

### c) der Schriftführer:

Daniel Rumpf

### d) von der Gemeindeverwaltung:

Lars Messerschmidt, Leiter Kämmerei und Steueramt

## 1. Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die anwesenden Gemeindevertreter/-innen, die Mitglieder des Gemeindevorstandes, Frau Jung von der Wetzlarer Neuen Zeitung sowie die zahlreich erschienenen Zuhörer.

## 2. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit der Gemeindevertretung fest.

Folgende Änderung zur Tagesordnung wird gewünscht.

### Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt den TOP „Antrag der CDU-Fraktion vom 25.09.2019; Erhalt der Geburtsstation im Krankenhaus Ehringshausen“ neu als TOP 9 in die Tagesordnung aufzunehmen.

Abstimmung: einstimmig

## 3. Mitteilungen und Anfragen

### 3.1 Mitteilungen

Bürgermeister Mock teilt mit, dass ...

- a) ... innerhalb der Gemeindevertretung das Mandat der Gemeindevertreterin Frau Gabriele Mock nun neu durch den nachrückenden Gemeindevertreter Herrn Klaus Ullmann wahrgenommen werde, den er hiermit herzlich im Plenum begrüße.
- b) ... es folgendes Neues zum Thema Standortplanungen des REWE-Marktes Kölschhäuser Straße in Ehringshausen gäbe. Am 04.09.2019 habe es ein Gespräch mit dem LDK (Untere Naturschutzbehörde) gegeben, an dem auch das RP (Abt. Regionalplanung) und der Investor teilgenommen habe. Der Investor habe eine Alternativstandortprüfung mit insgesamt acht Optionalfächen durch das Büro KuBuS beauftragt. Am kritischsten sehe das Gutachten den eigentlich angedachten Platz nahe des Penderparkplatzes. Dort stünden dem Investor wohl durch umfangreiche naturschutzbezogene Gutachten Kosten und dadurch erhebliche zeitliche Verzögerungen ins Haus. Und das Ergebnis sei völlig offen, der LDK habe schon angekündigt, dass man dort mit großem Widerstand und auch mit Klagen durch Naturschützer zu rechnen habe. Die Antwort des Investors, ob man an den dortigen Planungen festhalte, stünde bis heute aus. Die Regionalplanung des RP sehe, nach wie vor, bessere Chancen für eine „Optimierung“ des bestehenden Standortes.
- c) ... man jüngst erfahren habe, dass der Bundestopf zur Förderung der Finanzierung der Kinderbetreuung, den die Länder verteilen würden, zwischenzeitlich leer sei. Der Jugendhilfeträger LDK habe hier nie eine solche Gefahr geschildert und stets von mehr als ausreichenden und auch vorhandenen Mitteln gesprochen. Der LDK habe absprachegemäß die Anträge eigentlich vor Weitergabe nach Kassel sammeln und priorisieren sollen. Dies sei jedoch unterblieben und es sei direkt weitergeleitet worden. Kassel habe dann die Ausschöpfung der Gelder mittgeteilt. Ob man nun doch noch Berücksichtigung fände, sei unklar. Klar sei aber, dass der Bund nicht vorhabe den Topf

nachzufüllen. Der HSGB befände sich allerdings in intensiven Verhandlungen mit dem Land Hessen, um leerausgehende Kommunen dann mit Landesmitteln zu fördern. Komme es hier zu keiner Einigung, fehlten der Gemeinde bei Umsetzung des Neubaus der „KiTa Zehnetfrei“ rund 1,5 Mio. Euro. Daher müsse man hernach entscheiden, ob man baue, ob man abgespeckt baue, Container anmiete oder ganz andere Wege verfolge.

### 3.2 **Anfragen**

- a) Gemeindevertreter Rill fragt an, ob bekannt sei, dass das nahe Sportplatzgelände (Hartplatz) gespritzt worden sei. Der Augenschein lasse dies leider vermuten.

Bürgermeister Mock erwidert, dass ihm hierzu keine Informationen vorlägen, er dies aber klären und mitteilen werde.

### 4. **1. Nachtragshaushaltssatzung 2019:** **Beratung und Beschlussfassung über die Nachtragshaushaltssatzung 2019**

Bürgermeister Mock erläutert einleitend kurz die vier Änderungsanträge des Gemeindevorstandes. Das Ergebnis verschlechtere sich bei Annahme aller vorgeschlagenen Änderungsanträge auf dann minus 345.000,00 € und der Endbestand an Zahlungsmitteln zum Jahresende reduziere sich deutlich auf rund 1,5 Millionen €. Dies rechne sich ohne die übertragenen Haushaltsreste in Höhe von 840.000 €.

Gemeindevertreter Gröf begründet folgend den Änderungsantrag betreffend die Mittel für den Dorfplatz in Katzenfurt. Das Votum des Vorstandes hierzu sei ein Schieben der Maßnahme in das Jahr 2021 gewesen. Dem könne man sich als FWG nicht anschließen. Zusammen mit der SPD-Fraktion plädiere man für eine Mittelbereitstellung im Nachtrag 2019. Folgend fasst Gröf die Historie des Vorhabens bzw. von dessen Alternativen zusammen. Über 60 Bürger habe man bei den Vorplanungen des Ortsbeirates mobilisieren können. Daher müsse man klar konstatieren, dass das Projekt der Ortsgemeinschaft Katzenfurt sehr wichtig sei. Der IKEK-Förderbescheid liege bereits vor und sehe einen Baubeginn bis spätestens Mai 2020 vor. Man dürfe sich „nichts vormachen“, ohne diese Förderung sei der Dorfplatz nicht realisierbar. Trotz der Lage, könne man sich das Projekt leisten. Unbenommen sei jedoch, die Kosten noch einmal genau zu betrachten und eventuell manches, wie den Brunnen, kostengünstiger zu gestalten.

Gemeindevertreter Koch gibt an, dass die angespannte Finanzlage ihren konkreten Anlass im massiven Einbruch der Gewerbesteuer habe, der wiederum der nachlassenden Wirtschaftsleistung in Richtung einer Rezession geschuldet sei. Daher sehe auch er das klare Gebot der Sparsamkeit und begrüße die dahingehenden Bemühungen von Vorstand und Verwaltung. Trotzdem dürfe man die Investitionstätigkeit nicht völlig zum Erliegen kommen lassen. Wegen bestehendem Handlungsbedarf, einer hohen Bürgerbeteiligung und auch wegen den geschilderten Zeitwängen, sehe man den Dorfplatz Katzenfurt daher ebenso als ein solches, wichtiges Projekt. Ein weiteres sei die Verbesserung der Ver- und Entsorgung der Grillhütte Dreisbach, deren Bedeutung für diesen Ortsteil ebenso hoch sei. Er mahne dazu, auch die anderen Projekte der Dorfentwicklung nicht völlig aus den Augen zu verlieren.

Gemeindevertreter Tobias Bell signalisiert einleitend die Ablehnung des Nachtrags durch seine CDU-Fraktion. Folgend zitiert er den Redetext des Bürgermeisters zur

Einbringung des Nachtrags, in dem dieser bereits vor einem nachhaltigen Einnahmeeinbruch in den Folgejahren warne und nur die Umsetzung von „unbedingt notwendigen Investitionen“ anmahne. Auch habe dieser darin eine Diskussion der Höhe der Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer bereits in den Raum gestellt. Richtiger Impuls von Verwaltung und Vorstand sei es darauf gewesen die Ausgaben auf besagte Notwendigkeit hin zu prüfen und mancherlei zu verschieben oder zu streichen. In diese Gemengelage fielen nun die erläuterten beiden Anträge, die sich mit Bürgerwille und Förderungssumme begründeten. Der E-Mail-Verkehr lege nahe, dass der Bürgermeister nicht die beschlossene Vorstandslinie vertreten, sondern sich die der antragstellenden Fraktionen zu eigen gemacht habe. Der Bürgermeister dürfe nicht vergessen, dass er die Verantwortung für alle Ehringshäuser Bürger trage und nicht nur für einen Teil. Wegen veralteter Zahlen, werde das Projekt in Dreisbach bereits heute absehbar teurer. Er ginge davon aus, dass man spätestens 2021 wieder ein Haushaltssicherungskonzept brauche und bereits in 2020 die Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuer spürbar einstiegen. Dabei habe man doch deutlich nötigere Projekte, wie die neue Kita, die Sanierungen der Stegwiese und des Hallenbades sowie die Erweiterung des Baugebietes Borngraben/Zehnetfrei vor der Brust. Man könne doch nicht an der einen Stelle die Kindergartenkinder in Mietcontainer stecken und an anderer Dorfplätze realisieren.

Bürgermeister Mock verwahre sich gegen die Unterstellung, dass er als Bürgermeister vom Vorstandswillen abweichende Zielrichtungen verfolge. Vorliegend habe er lediglich ein Meinungsbild weitergeben.

Gemeindevertreter Dr. Rauber bezeichnet die Stellungnahme der CDU als nicht seriös und etwas für das man sich entschuldigen müsse. Inhaltlich verquicke man Dinge, die nicht zueinander gehörten. Man habe in Ehringshausen in der Vergangenheit stets maßvoll investiert und tue dies auch heute. Es gehe nicht um Prestigeprojekte, sondern um echte Bedarfe. Die gezeichnete emotionale Frage des entweder/oder von Maßnahmen werde sich so nicht stellen. Man habe in Ehringshausen eine beachtliche Liquidität, die „zumindest ein schlechtes Jahr überbrücken helfen“ könne. Auch die aktuell ausgesprochen guten Kreditkonditionen für die öffentliche Hand, dürfe man nicht ausblenden. Weiter habe die Gemeindevertretung gerade erst per Sondertilgung die Verschuldung der Gemeinde deutlich gesenkt. Deswegen habe man erhebliche Spielräume und er könne das heraufbeschworene Schreckgespenst einer finanziellen Handlungsunfähigkeit nicht nachvollziehen. Infrastrukturmaßnahmen wie die neue KiTa oder die Sanierung des Hallenbades seien zwingend und würden so auch kommen. Gerade die erfolgreichen IKEK-Bemühungen des Bürgermeisters ermöglichten jetzt noch immer die solide Finanzierung des Dorfplatzes Katzenfurt.

Gemeindevertreter Gohl sieht im Dorfplatz ein gutes und die Dorfgemeinschaft förderndes Projekt. Die Haushaltbelastung sei zum jetzigen Zeitpunkt jedoch sehr stark. Das Vorhandensein von Reserven werde nicht bestritten und sei so auch notwendig. Doch die eventuell drohende Rezession, mahne doch dazu, diese Mittel für die wohl auch schwierigen Folgejahre verfügbar zu halten. Ein heutiger Beschluss der Anträge bedeute unausweichlich Steuererhöhungen für die nahe Zukunft und das für dann alle Bürger.

Gemeindevertreterin Stopperka macht darauf aufmerksam, dass sowohl die hohe Bürgerbeteiligung in Katzenfurt, als auch die bereits gefassten Beschlüsse der Gemeindevertretung hierzu ein demokratischer Prozess gewesen sei, den man nun nicht entwerten dürfe. Weiter würden die für den Dorfplatz aufgerufenen Summen keineswegs die prophezeiten hohen Steuererhöhungen nach sich ziehen. Diese Argumentation sei nur vorgeschoben vor die eigentlich grundsätzliche Ablehnung des Projekts. Das Beispiel Grillhütte Katzenfurt zeige deutlich, was passiere, wenn man

nicht rechtzeitig in die Einrichtungen investiere. Daher solle man die gut genutzte und allseits akzeptierte Hütte in Dreisbach nun in Angriff nehmen.

Gemeindevertreter Neu erklärt, dass FWG und SPD mit ihren zusätzlichen Forderungen dem Gemeindevorstand und Bürgermeister in den Rücken fielen. Dies geschehe im Wissen über die aktuelle und künftige finanzielle Lage. Hiervor könne und dürfe man aber die Augen nicht verschließen. Auch er sehe große anstehende Projekte, die doch wichtiger sein sollten. Er mahne hier zu Vorsicht und Besinnung.

Rückfragen werden direkt beantwortet.

Sowohl der Haupt- und Finanzausschuss, als auch der Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt folgenden Änderungsantrag des Gemeindevorstandes zum Nachtrag 2019:

1. Für die Erschließungsplanung Chattenhöhe sind (Straße/Wasser/Kanal) 15.000 € investiv bereit zu stellen.

Abstimmung: einstimmig

Sowohl der Haupt- und Finanzausschuss, als auch der Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt folgenden Änderungsantrag des Gemeindevorstandes zum Nachtrag 2019:

2. Für Sanierungsarbeiten aufgrund eines Wasserschadens in der Liegenschaft „Sinner Weg 9“ sind 25.000,00 € im Aufwand bereitzustellen. Gleichzeitig werden als Ertrag 25.000,00 € als Kostenerstattung aus Versicherungsleistungen veranschlagt.

Abstimmung: einstimmig

Sowohl der Haupt- und Finanzausschuss, als auch der Sozial- und Kulturausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt folgenden Änderungsantrag des Gemeindevorstandes zum Nachtrag 2019:

3. 5.000,00 € werden als Betriebskostenzuschuss für den Waldkindergarten bereitgestellt. Gleichzeitig wird der Ansatz bei den Personalkosten „Waldkindergarten“ um 5.000,00 € reduziert.

Abstimmung: einstimmig

Sowohl der Haupt- und Finanzausschuss, als auch der Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt folgenden Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und FWG zum Nachtrag 2019:

4. Für die Investition „Dorfplatz Katzenfurt“ werden 200.000,00 € im Nachtragshaushalt bereitgestellt. Gleichzeitig ist eine Zuweisung in Höhe von 81.000,00 € aus Mitteln des Dorferneuerungsprogrammes zu veranschlagen.

Abstimmung: 14 Ja-Stimmen; 10 Nein-Stimmen; 1 Enthaltung

Sowohl der Haupt- und Finanzausschuss, als auch der Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt folgenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Nachtrag 2019:

5. Für die Investition „Strom/Wasser/Abwasser Grillhütte Dreisbach“ werden 50.000,00 € im Nachtragshaushalt bereitgestellt.

Abstimmung: 14 Ja-Stimmen; 9 Nein-Stimmen; 2 Enthaltungen

Sowohl der Haupt- und Finanzausschuss, als auch der Sozial- und Kulturausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt folgenden Änderungsantrag des Gemeindevorstandes zum Nachtrag 2019:

6. Für das Budget Jugendpflege sind zusätzlich 5.000,00 € bereit zu stellen.

Abstimmung: 23 Ja-Stimmen; 2 Nein-Stimmen

Nach der Beschlussfassung über die Änderungen, erfolgt die Abstimmung über das Investitionsprogramm sowie über die Nachtragshaushaltssatzung 2019.

Sowohl der Haupt- und Finanzausschuss, als auch der Bau- und Umweltausschuss sowie der Sozial- und Kulturausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt die eingebrachte Nachtragshaushaltssatzung 2019 und deren Anlagen unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderungen.

Abstimmung: 15 Ja-Stimmen; 10 Nein-Stimmen

Sowohl der Haupt- und Finanzausschuss, als auch der Bau- und Umweltausschuss sowie der Sozial- und Kulturausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt das eingebrachte Investitionsprogramm 2019 unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderungen.

Abstimmung: 15 Ja-Stimmen; 10 Nein-Stimmen

5. **Straßenbeiträge; Diverse Prüfaufträge der Gemeindevertretung**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 12.09.2019 wird verwiesen.

Bürgermeister Mock erklärt, dass man vorliegend den ersten Punkt der Prüfliste abarbeite und mit der Satzungsänderung die Regelungen für die endgültige Herstellung von Erschließungsanlagen anpasse. Dies sei ein wichtiger vorbereitender Schritt, um bei vielen Straßen klar zu definieren, wie man mit ihnen im weiteren Prozess umgehe. Auch die Anlieger vieler Straßen erlangten hierdurch Rechtssicherheit über noch „drohende“ Straßenbeiträge. Die weiteren Punkte kläre man zügig in den folgenden Sitzungen, um in den kommenden Monaten dann die grundsätzliche und große Entscheidung treffen zu können. Die Stegwiese komme in 2020 und dann müsse man das anzuwendende System kennen.

Sowohl der Haupt- und Finanzausschuss, als auch der Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, den § 12 der Erschließungsbeitragssatzung der Gemeinde Ehringshausen wie folgt zu ändern:

**§ 12 Merkmale der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlagen**

- (1) Straßen, Wege und Plätze, mit Kraftfahrzeugen nicht befahrbare Verkehrsanlagen, Sammelstraßen und selbstständige Parkflächen sind endgültig hergestellt, wenn
- a) ihre Flächen im Eigentum der Gemeinde stehen und
  - b) sie über betriebsfertige Entwässerungs- und Beleuchtungseinrichtungen verfügen.

Die flächenmäßigen Bestandteile ergeben sich aus dem Bauprogramm.

- (2) Die flächenmäßigen Bestandteile der Erschließungsanlage sind endgültig hergestellt, wenn
- a) Fahrbahnen, Gehwege und Radwege eine Befestigung auf tragfähigem Unterbau mit einer Decke aus Asphalt, Beton, Platten oder Pflaster aufweisen; die Decke kann auch aus einem ähnlichen Material neuzeitlicher Bauweise bestehen;
  - b) unselbstständige und selbstständige Parkflächen eine Befestigung auf tragfähigem Unterbau mit einer Decke aus Asphalt, Beton, Platten, Pflaster oder Rasengittersteinen aufweisen; die Decke kann auch aus einem ähnlichen Material neuzeitlicher Bauweise bestehen;
  - c) unselbstständige Grünanlagen gärtnerisch gestaltet sind;

d) Mischflächen in den befestigten Teilen entsprechend Buchstabe a) hergestellt und die unbefestigten Teile gemäß Buchstabe c) gestaltet sind.

(3) Selbstständige Grünanlagen sind endgültig hergestellt, wenn ihre Flächen im Eigentum der Gemeinde stehen und gärtnerisch gestaltet sind.

Abstimmung: einstimmig

Sowohl der Haupt- und Finanzausschuss, als auch der Bau- und Umweltausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt, die als Anlage beiliegende erste Satzung zur Änderung der Erschließungsbeitragssatzung vom 21.07.2005.

### **§ 12 Merkmale der endgültigen Herstellung der Erschließungsanlagen**

(1) Straßen, Wege und Plätze, mit Kraftfahrzeugen nicht befahrbare Verkehrsanlagen, Sammelstraßen und selbstständige Parkflächen sind endgültig hergestellt, wenn

a) ihre Flächen im Eigentum der Gemeinde stehen und

b) sie über betriebsfertige Entwässerungs- und Beleuchtungseinrichtungen verfügen.

Die flächenmäßigen Bestandteile ergeben sich aus dem Bauprogramm.

(2) Die flächenmäßigen Bestandteile der Erschließungsanlage sind endgültig hergestellt, wenn

a) Fahrbahnen, Gehwege und Radwege eine Befestigung auf tragfähigem Unterbau mit einer Decke aus Asphalt, Beton, Platten oder Pflaster aufweisen; die Decke kann auch aus einem ähnlichen Material neuzeitlicher Bauweise bestehen;

b) unselbstständige und selbstständige Parkflächen eine Befestigung auf tragfähigem Unterbau mit einer Decke aus Asphalt, Beton, Platten, Pflaster oder Rasengittersteinen aufweisen; die Decke kann auch aus einem ähnlichen Material neuzeitlicher Bauweise bestehen;

c) unselbstständige Grünanlagen gärtnerisch gestaltet sind;

d) Mischflächen in den befestigten Teilen entsprechend Buchstabe a) hergestellt und die unbefestigten Teile gemäß Buchstabe c) gestaltet sind.

(3) Selbstständige Grünanlagen sind endgültig hergestellt, wenn ihre Flächen im Eigentum der Gemeinde stehen und gärtnerisch gestaltet sind.

Abstimmung: einstimmig

Abschließend stellt der Vorsitzende klar, dass nach Erlangung von Rechtskraft der Satzung noch ein formaler Beschluss folgen müsse, der für die Straßen, die diesen neuen Anforderungen genügen, regelt, dass man für sie keine Erschließungsbeiträge mehr erheben werde.

6. **Prostituiertenschutzgesetz - Zuständigkeitsverordnung;  
hier: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Durchführung von Aufgaben nach dem Prostituiertenschutzgesetz**

Auf die Verwaltungsvorlage vom 29.08.2019 wird verwiesen.

Sowohl der Haupt- und Finanzausschuss, als auch der Sozial- und Kulturausschuss empfehlen der Gemeindevertretung den Beschluss.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Durchführung von Aufgaben nach dem Prostituiertenschutzgesetz in der Fassung des anliegenden Entwurfs.

Abstimmung: einstimmig

7. **Anträge der SPD-Fraktion vom 22.08.2019**

7.1 **Vorstellung des Klimaschutzmanagements des Lahn-Dill-Kreises**

Auf den Antrag der SPD-Fraktion vom 22.08.2019 wird verwiesen.

Gemeindevertreter Koch erläutert, dass dies eine gute Möglichkeit sei die Erfahrungen anderer Kommunen im Themenbereich zu erfahren und davon zu profitieren. Hernach könne die Gemeinde beraten, ob auf kommunaler Ebene auch kleine Maßnahmen zum Klimaschutz möglich seien. So leiste man auch seinen Beitrag zur Lösung des Problems.

**Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt: Der Gemeindevorstand wird beauftragt, über den Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises, Ehrenamtlichen Kreisbeigeordneten Heinz Schreiber, den Klimaschutzmanager des Lahn-Dill-Kreises zur Vorstellung kommunaler Handlungsmöglichkeiten im Klimaschutz und in den anderen Städten und Gemeinden bereits umgesetzter Maßnahmen in eine Sitzung des Bau- und Umweltausschusses einzuladen.

Abstimmung: einstimmig

7.2 **Pflege und Gestaltung der Außenanlage der KiTa „Gestiefelter Kater“ in Katzenfurt**

Auf den Antrag der SPD-Fraktion vom 22.08.2019 wird verwiesen.

Gemeindevertreter Dr. Rauber berichtet, dass das Thema öfter in der Eltern- und auch Belegschaft angesprochen werde. Er erinnert, dass im Zuge des Neubaus die Außenanlage komplett neugestaltet worden sei. Nun habe sich gezeigt, dass diese „vielleicht nicht optimal“ gewählt worden sei. Viele Kinder würden gerade die dornigen Büsche nicht annehmen. Auch die Kräfte des Bauhofes seien nach einer Umstellung der Kehrverantwortlichkeiten nicht mehr regelmäßig persönlich greifbar. Er werbe um breite Zustimmung für den Antrag, um für Verbesserung zu sorgen.

Bürgermeister Mock berichtet, dass der Bauhof am heutigen Tage damit begonnen habe die Außenanlage gartenpflegerisch zu verbessern. Er sehe den Pflanzenbestand nicht komplett als problematisch an. Doch die in der Mehrzahl vorhandenen Dornengewächse gehe man nun an und werde diese durch Rasen ersetzen. Er sei zuversichtlich, dass die Kräfte des Bauhofes das Projekt auch ohne externe Unterstützung bewältigen könnten.

Gemeindevertreter Neu kann nicht nachvollziehen, warum mehrere und immer wieder gestellte Anfragen des damaligen Gemeindevertreters Keiner zu gar keinem und der, sicherlich zu begrüßende, Antrag der SPD nun zu einem sofortigen Handeln geführt habe. Auch andere jahrelange Hinweise von dritter Stelle hätten zu nichts geführt. Nun werde man plötzlich aktiv. Dies bezeichne er als „schwach“.

Gemeindevertreter Dr. Rauber entgegnet, dass der Bürgermeister den Zwischenzustand oft durch den niedrigen Personalstand auf dem Bauhof gut begründet habe. Daher habe man nun als SPD den sachlichen Vorschlag gemacht, das Problem doch unter zur Hilfenahme externer Hilfe zu lösen. Als Antragsteller habe man nur das Problem lösen wollen, die geschilderten Winkelzüge sehe er überhaupt nicht.

Gemeindevertreter Koch rät zu Mäßigung im Ton sowie zu mehr Sachlichkeit in den Beratungen.

Gemeindevertreter Tobias Bell erklärt, dass trotz kritischer Betrachtung der Abläufe, man zumindest das Ergebnis positiv bewerte. Der Antrag gehe in die richtige Richtung und der Bauhof sei nun tätig geworden. Daher werde man als CDU dem Antrag folgen.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt: Der Gemeindevorstand wird beauftragt zu prüfen, durch wen eine regelmäßige Pflege des Außengeländes der Kindertagesstätte „Gestiefelter Kater“ in Katzenfurt sichergestellt werden kann und ob der Pflegeaufwand durch eine kostengünstig umsetzbare Umgestaltung des Außenbereichs – bei Gewährleistung ausreichender beschatteter Flächen – sichergestellt werden kann und über das Ergebnis in der nächsten Sitzung des Sozial- und Kulturausschusses zu berichten.

Abstimmung: einstimmig

### 8. **Antrag der FWG-Fraktion vom 29.08.2019;** **Resolution zur Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen**

Auf den Antrag der FWG-Fraktion vom 29.08.2019 wird verwiesen.

Gemeindevertreter Gröf stellt neben dem Bürgerwillen die hohe Bedeutung auch des Bürgerfriedens heraus. Die laufende Diskussion zu den Straßenausbaubeiträgen gefährde letzteren aktuell deutlich. Minister Boris Rhein habe bereits Ende August eine von 30.000 Bürgern getragene ähnliche Resolution erhalten. Man werbe für eine Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen zugunsten einer neuen Kompensationsregelung von Land zu Kommunen. Auch Rückzahlungen bereits gezahlter Straßenbeiträge wolle man ermöglichen. Er werbe um breite Zustimmung.

Gemeindevertreter Tobias Bell sieht die völlige Freiheit bei der Erhebung von Straßenbeiträgen für die Kommunen als großen Fehler an. Daraus seien einige

Probleme erwachsen. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag sowohl aus grundsätzlichen wie auch aus sachlichen Gründen nicht zustimmen können. Man wolle das Geschäft teilweise militanter Bürgerinitiativen nicht befeuern. Weiter könne man hierin keinen echten Sinn erkennen. Diese Kompensationszahlung stelle Steuergeld und daher ebenso Geld der Bürgerinnen und Bürger dar. Das Beispiel Bayern zeige, dass die Summen wohl einfach wie dort aus dem Topf des kommunalen Finanzausgleichs kommen würden. Sollte Hessen die gleichen 150 Mio. bereitstellen wie Bayern, so könne man mathematisch heruntergerechnet in Ehringshausen im Jahr 214 Meter Straße grundhaft sanieren. Wer hier eine echte Entlastung sehe oder erwarte, der mache bewusst die Augen zu. Die vorgeschlagene Änderung führe dazu, dass die Kommunen künftig zu Bittstellern bei den Genehmigungsbehörden würden. Der Wettstreit dieser Bittsteller um die begrenzten Mittel, sei vorprogrammiert. Er fordere den Bürgermeister auf die gestellte Prüfliste schnellstmöglich abzuarbeiten, damit man ebenso schnellstmöglich eine Entscheidung zu den Straßenausbaubeiträgen treffen könne.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt folgende Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge:

1. Die Gemeindevertretung der Gemeinde Ehringshausen fordert die Abschaffung der §§ 11 und 11a des Hessischen Kommunalabgabengesetzes (KAG, hier: Erhebung von Straßenausbaubeiträgen).
2. Die Gemeindevertretung fordert, im Rahmen eines Gesetzgebungsverfahrens eine entsprechende „Kompensationsregelung“ (bspw. die Einrichtung eines Infrastrukturfonds) zu schaffen und diese mit ausreichenden originären Haushaltsmitteln im Landeshaushalt zu unterlegen. Hierdurch soll ein finanzieller Ausgleich zugunsten der Kommunen bei einem Verzicht auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen durch das Land sichergestellt werden.
3. Es sind Übergangsregelungen in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden zu erarbeiten, die den Kommunen die Möglichkeit einräumen, Rückzahlungen bereits gezahlter Straßenbeiträge zu ermöglichen.
4. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, diese Resolution zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge an die Hessische Landesregierung sowie die Fraktionen des Hessischen Landtages weiterzuleiten.

Abstimmung: 15 Ja-Stimmen; 10 Nein-Stimmen

### 9. **Antrag der CDU-Fraktion vom 25.09.2019:** **Erhalt der Geburtenstation im Krankenhaus Ehringshausen**

Auf den Antrag der CDU-Fraktion vom 25.09.2019 wird verwiesen.

Gemeindevertreter Bender bezeichnet die Schließung der Geburtenstation im Krankenhaus Ehringshausen zum 01.10.2019 als „fatale Entwicklung“. Man habe eine steigende Geburtenrate, was eigentlich ein positives Signal setze. Er werbe dafür, dass der Vorstand auf allen Ebenen versuche, dem Trend kraftvoll gegenzusteuern. Ehringshausen möge ein Zeichen setzen und mit Unterstützung anderer Beteiligter gegen die Schließung ankämpfen.

Gemeindevertreter Dr. Rauber schließt sich an, regt aber eine Erweiterung des gestellten Antrages an, der die Durchschlagskraft der gemeinsamen Stoßrichtung steigern solle. Im Rahmen ihrer Aufgaben und Möglichkeiten, habe sich die Gemeinde stets um den Erhalt des Krankenhauses bemüht und hier auch einige Erfolge über die

Jahre erzielen können. Die erdrückende Versicherungslast der Entbindungsärzte und Hebammen könne man nicht lindern, hier sei der Gesetzgeber gefordert. Auch die Verfügbarkeit von nahen und ausreichenden Geburtsstationen in Hessen nehme ab und mache bereits an mancher Stelle Sorgen.

Gemeindevertreter Neu zeigt sich verwundert über die milde Reaktion des Krankenhausfördervereins und dessen Vorsitzendem Jürgen Mock zu dem Thema. Er habe hier deutlich mehr „Aufschrei erwartet“. Früher habe die Gemeinde „ihr“ Krankenhaus großzügig mit Geldern unterstützt. Im Rahmen des Wechsels der Eigentumsverhältnisse dort, könne er die Aufgabe dieses Engagements aber nachvollziehen.

Bürgermeister Mock erklärt, dass man als Förderverein auch erst spät davon erfahren habe und auch erst zu einem Zeitpunkt, als die Entscheidung bereits festgestanden habe. Das KAVK trage hier jedoch keine Schuld, man habe dort alles versucht. Adressat des Aufrufs seien klar die Politik in Land und Bund. Dort fördere man teilweise sogar die Schließung von Abteilungen. Die Entscheidungsträger und Gremien an diesen Stellen, müsse man zu einem Umdenken bewegen. Seit 1943 seien in Ehringshausen Kinder zur Welt gekommen, hier ende also nichts geringeres als eine Ära.

### **Beschluss:**

Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Die Gemeindevertretung bittet den Gemeindevorstand sich auf allen denkbaren Ebenen für den Erhalt bzw. eine Wiederaufnahme der Geburtsstation im Krankenhaus Ehringshausen einzusetzen. Denkbar wäre zum Beispiel, mit anderen betroffenen Häusern Kontakt aufzunehmen, um bei Ärztekammern und weiteren Akteuren im Land und im Bund auf die Problematik hinzuweisen und nach tragfähigen Lösungen für Hebammen und Ärzte zu suchen.
2. Die Gemeindevertretung fordert Bund und Land auf, für eine angemessene Finanzierung ortsnaher Angebote der Geburtshilfe insbesondere im ländlichen Raum zu sorgen und gute Arbeitsbedingungen sicher zu stellen.

Abstimmung: einstimmig

Bürgermeister Mock gibt an, dass die Fraktionsspitzen zu einem Vorgespräch zum Haushalt 2020 am 08.10.2019 zusammenkommen würden. Er sehe keinen Sinn darin, hier in Hektik zu verfallen. Es könne sein, dass man noch einige Zahlen und Entwicklungen abwarten müsse und es doch erst im Januar 2020 zu Haushaltsberatungen im Plenum komme. Dies könne er noch nicht genau sagen. Die Einbringung werde eventuell im November oder auch erst im Dezember erfolgen können.



R. Bell  
Vorsitzender

R u m p f  
Schriftführer

### **Anlagen:**

- Liste der offenen Anträge mit Stand 10.10.2019